

## BGH-Leitsatz-Entscheidungen

### Heute neu:

1. [ZPO: Streitwert einer Klage auf Befreiung von Verbindlichkeit](#)  
Beschluss 14.07.2011, III ZR 23/11
2. [VVG: zu hohe Angabe vorhandener Fahrzeugschlüssel](#)  
Urteil 06.07.2011, IV ZR 108/07
3. [BGB: Rücktritt beim Verbrauchsgüterkauf mit unwirksamem Gewährleistungsausschluss](#)  
Urteil 13.07.2011, VIII ZR 215/10
4. [InsO: Informationen zur Tilgung durch Aufrechnung](#)  
Urteil 30.06.2011, IX ZR 155/08
5. [PatG: Erhebung der Verfahrensrüge innerhalb der Begründungsfrist](#)  
Beschluss 05.07.2011, X ZB 1/10
6. [BGB: Feststellung des objektiven Betreuungsbedarfs](#)  
Beschluss 06.07.2011, XII ZB 80/11
7. [SGB II: Mitteilung der Gewährung von Leistungen als Rechtswahranzeige](#)  
Urteil 23.02.2011, XII ZR 59/09
8. [StGB: vergleichende Strafzumessung bei Tatbeteiligten](#)  
Beschluss 28.06.2011, 1 StR 282/11

### Urteile und Beschlüsse:

#### **1. ZPO: Streitwert einer Klage auf Befreiung von Verbindlichkeit**

Beschluss 14.07.2011, III ZR 23/11

ZPO § 3

Der Streitwert einer Klage auf Befreiung von einer Verbindlichkeit ist nicht nach dem bezifferten Schuldbetrag, sondern ihrer zu schätzenden wirtschaftlichen Bedeutung zu bemessen, wenn eine künftige Inanspruchnahme des Klägers in der Zukunft als ausgeschlossen erscheint.

#### **2. VVG: zu hohe Angabe vorhandener Fahrzeugschlüssel**

Urteil 06.07.2011, IV ZR 108/07

VVG a.F. § 6 Abs. 3

In der Fahrzeugversicherung ist eine zu hohe Angabe vorhandener Fahrzeugschlüssel generell nicht geeignet, Interessen des Versicherers zu gefährden.

### **3. BGB: Rücktritt beim Verbrauchsgüterkauf mit unwirksamem Gewährleistungsausschluss**

Urteil 13.07.2011, VIII ZR 215/10

BGB § 323 Abs. 2 Nr. 3, § 474 Abs. 1 Satz 1, § 475 Abs. 1 Satz 1

a) Der Verkauf beweglicher Sachen durch eine GmbH an einen Verbraucher fällt, auch soweit es sich um branchenfremde Nebengeschäfte handelt, im Zweifel unter die Bestimmungen der §§ 474 ff. BGB zum Verbrauchsgüterkauf (im Anschluss an BGH, Urteil vom 9. Dezember 2008 - XI ZR 513/07, BGHZ 179, 126, zum Verbraucherdarlehensvertrag).

b) Beim Verbrauchsgüterkauf ist bei einem behebbaren Sachmangel eine Fristsetzung zur Nacherfüllung als Voraussetzung für einen Rücktritt vom Vertrag auch im Falle eines - unwirksamen - formularmäßigen Gewährleistungsausschlusses nicht entbehrlich (Aufgabe des Senatsurteils vom 15. November 2006 - VIII ZR 3/06, BGHZ 170, 31 Rn. 44).

### **4. InsO: Informationen zur Tilgung durch Aufrechnung**

Urteil 30.06.2011, IX ZR 155/08

InsO § 96 Abs. 1 Nr. 3, § 133 Abs. 1

Holt eine Behörde von anderen Behörden desselben Landes Informationen ein, um eine Schuld des Landes im Wege der Aufrechnung tilgen zu können, müssen auch die Informationen verlangt und erteilt werden, die der Wirksamkeit einer Aufrechnung insolvenzrechtlich entgegenstehen können. Unterbleibt die vollständige Mitteilung aller bekannten rechtserheblichen Umstände, hat dies zur Folge, dass sich die handelnde Körperschaft auf die Unkenntnis solcher Umstände nicht berufen darf.

### **5. PatG: Erhebung der Verfahrensrüge innerhalb der Begründungsfrist**

Beschluss 05.07.2011, X ZB 1/10

PatG § 100 Abs. 3, § 102 Abs. 3, § 122a

Hängt der Erfolg einer Rechtsbeschwerde davon ab, dass eine Verfahrensrüge innerhalb der Frist zur Begründung des Rechtsmittels erhoben worden ist, so ist das Rechtsbeschwerdegericht nicht gehalten, dem Rechtsbeschwerdeführer durch Erteilung eines Hinweises Gelegenheit zu geben, sein Vorbringen nach Ablauf der Begründungsfrist zu ergänzen.

#### **6. BGB: Feststellung des objektiven Betreuungsbedarfs**

Beschluss 06.07.2011, XII ZB 80/11

BGB § 1896 Abs. 2 Satz 1

1. Der in § 1896 Abs. 2 Satz 1 BGB enthaltene Grundsatz der Erforderlichkeit verlangt für die Bestellung eines Betreuers tatrichterliche Feststellungen dazu, ob und für welche Aufgabenbereiche ein objektiver Betreuungsbedarf besteht.

2. Der objektive Betreuungsbedarf ist aufgrund der konkreten, gegenwärtigen Lebenssituation des Betroffenen zu beurteilen.

#### **7. SGB II: Mitteilung der Gewährung von Leistungen als Rechtswahrungsanzeige**

Urteil 23.02.2011, XII ZR 59/09

SGB II § 33 Abs. 3 Satz 1 i. d. F. vom 20. Juli 2006

Hat der Leistungsträger dem Unterhaltspflichtigen vor dem 1. August 2006 (Inkrafttreten des SGB II i. d. F. vom 20. Juli 2006) die Gewährung von Leistungen mitgeteilt, so kann diese Mitteilung nicht als die nach § 33 Abs. 3 Satz 1 SGB II i. d. F. vom 20. Juli 2006 erforderliche Rechtswahrungsanzeige angesehen werden und eröffnet deshalb nach der genannten Bestimmung nicht die Möglichkeit der Inanspruchnahme des Unterhaltspflichtigen für die Vergangenheit.

#### **8. StGB: vergleichende Strafzumessung bei Tatbeteiligten**

Beschluss 28.06.2011, 1 StR 282/11

StGB § 46

Zur vergleichenden Strafzumessung bei Tatbeteiligten.

in der Strafsache gegen

